

Schweiz

Familienbetreuung

Pflegen bis zur Erschöpfung

Hunderttausende Angehörige entscheiden sich dagegen, ihre betagten Eltern in einem Heim zu platzieren. Oft zahlen sie dafür finanziell - und gesundheitlich - einen hohen Preis.

Michael Soukup

Rund 330 000 Töchter, Partner, Ehefrauen oder Söhne pflegen hilfsbedürftige Angehörige zu Hause. Daniel Hehli* ist 50 Jahre alt, promovierter Ökonom und arbeitet bei einer grossen Schweizer Bank im Raum Basel. Weil er seine demenzkranke Mutter zu Hause pflegt, macht sein Chef wegen angeblich mangelnder Leistung Druck auf ihn. Auch die 63-jährige Elsbeth Meyer* pflegt ihre an Demenz erkrankte Mutter selbst. Deshalb musste die in der Erwachsenenbildung tätige Theologin ihre Anstellung reduzieren - was zu einem erheblichen finanziellen Ausfall führte. Beide fühlen sich von der Wirtschaft und vom Staat im Stich gelassen.

Nach mehreren Vorstössen im Parlament liess der Bundesrat 2014 einen Bericht zur Situation von pflegenden Angehörigen erarbeiten. Darin stellte er fest, dass diese vielfach überfordert seien und aufgrund der Überlastung an Erschöpfung leiden würden. Bei Erwerbstätigen komme dazu, dass die Pflege zu Hause zur Gefährdung der beruflichen Laufbahn und der materiellen Existenz führen würde. Der Bundesrat folgerte, dass es deshalb zusätzliche Anstrengungen brauche, damit die Erwerbstätigkeit und die Angehörigenpflege besser vereinbart werden könnten.

«Die Politik setzt weiterhin auf die Ausbeutung der Angehörigen.»

Elsbeth Meyer*

Doch passiert ist seitdem wenig. Oder wie es Meyer formuliert: «Die Politik setzt weiterhin auf die Ausbeutung der Angehörigen.» Sie sei Schritt für Schritt in ihre heutige Situation hineingerutscht. «Man hat anfangs überhaupt keine Vorstellung vom enormen Aufwand.» Die geschiedene Mutter von zwei erwachsenen Kindern wohnt in einer kleinen Gemeinde in der Ostschweiz. Nach der Pensionierung zogen die Eltern vor 30 Jahren in die obere Etage des Hauses der Tochter. Zuerst pflegte Meyer ihren kürzlich verstorbenen 92-jährigen Vater - bis der Arzt vor sieben Jahren die Einweisung ins Pflegeheim empfahl. Meyer: «Es gibt Situationen, wo die Pflege zu Hause nicht mehr möglich und adäquat ist.»

Bürokratischer Hürdenlauf

Für ihre aus Deutschland stammenden, aber schon lange in der Schweiz lebenden Eltern war das Heim ein massiver Einschnitt in ihr Leben. Denn aufgrund ihrer Traumatisierung im Zweiten Weltkrieg hatten sie grosse Furcht vor stationären Einrichtungen. «Deshalb weigerte sich meine Mutter, in ein Heim zu gehen.» Kaum war der Vater im Pflegeheim, begann sich auch der gesundheitliche Zustand der heute 90-jährigen Mutter zu verschlechtern. Anfangs kümmerte sich ihre Tochter nur um ihren Haushalt und die finanziellen Belange. «Heute ist sie vollständig dement und auf meine Hilfe angewiesen.»

Um den wachsenden Pflegeaufwand bewältigen zu können, reduzierte Meyer vor sechs Jahren ihr Pensum auf 50 Prozent, was zu einem monatlichen Lohnausfall von 3500 Franken führte. Zudem werden ihr künftig monatlich 800 Franken in der 2. Säule fehlen. Damit sie weiterhin arbeiten konnte, kümmert sich seit zwei Jahren die Spitex jeden Vormittag um ihre Mutter. Die Kosten von 3500 Franken monatlich werden aus dem Vermögen der Mutter bezahlt.

Es besteht die Möglichkeit, dass Personen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, von der öffentlichen Hand



unterstützt werden. Die Bedingungen dafür sind jedoch restriktiv. So muss die gepflegte Person Anrecht auf Ergänzungsleistungen (EL) haben, und die pflegende Person muss einen Lohnausfall nachweisen können. Im Pflegeheim, wo hohe Kosten anfallen, hätte Meyers Mutter Anrecht auf EL. Zu Hause entstehen diese Kosten nicht, weil die Angehörigen de facto kostenlos arbeiten. Meyers Mutter ist derzeit folglich nicht EL-berechtigt - und ihre Tochter erhält da-

mit keine finanzielle Unterstützung. Die Bedingungen für eine solche Unterstützung variieren zudem von Kanton zu Kanton. So gibt es in Bern bis zu 25 000 Franken pro Jahr. Zürich hingegen entschädigt nur den Betreuungsaufwand der Angehörigen mit maximal 4800 Franken pro Jahr. In Meyers Kanton wiederum kann es bis zu 25 000 Franken Entschädigung pro Jahr geben.

Hat ein Angehöriger Anspruch auf finanzielle Unterstützung, ist es häufig

schwierig, dies geltend zu machen. «Die Angehörigen sind oft mit der Bürokratie überfordert. Sie brauchen Hilfe, um zu berechtigten Entschädigungen zu kommen», sagt Lukas Loher von Pro Senectute Schweiz. Er kritisiert das: «Eigentlich ist es im finanziellen Interesse der öffentlichen Hand, wenn Pflegebedürftige zu Hause anstatt in einem Heim gepflegt und betreut werden.»

Die Pflege zu Hause mag zwar billiger sein, für die Angehörigen ist jedoch die

«Man ist auf sich gestellt. Krank zu sein, wird zum Luxus.»

Daniel Hehli*

psychische Belastung oft hoch. «Ich bin dauerhaft angespannt, weil ich nie weiss, wann meine demente Mutter Hilfe benötigt», sagt Meyer. Sie schlafe schlecht, weil sie während 26 Nächten pro Monat auf ihre Mutter aufpassen muss. Den Rest übernimmt die Schwester. Um wenigstens ab und zu in die Ferien gehen zu können, muss sie Freunde und Verwandte um Hilfe bitten.

«Völlig verwahrlost»

Bei Daniel Hehli liegt das Problem woanders. Finanziell ist der Bankangestellte nicht auf Unterstützung angewiesen. Er kann im Unterschied zu Meyer aber nur bedingt auf das Verständnis seines Arbeitgebers zählen. Seine Mutter entwickelte vor drei Jahren leichte Symptome von Demenz. Später begann ihre Tagesform heftig zu schwanken: «Einmal steht sie kurz davor, ins Krankenhaus eingeliefert zu werden, am nächsten Tag wirkt sie geistig fast völlig gesund.» Obwohl seine Mutter bloss 300 Meter von ihrem Sohn entfernt wohnt, erfordern diese Schwankungen viel Präsenz.

Hehli besucht sie zweimal täglich, um ihr Medikamente zu geben, sie zu pflegen, zu waschen oder zum Arzt zu begleiten - und natürlich, um sich mit ihr zu unterhalten. Oft ruft sie ihn im Geschäft an. «Sie wirkt dann völlig verwahrlost und muss von mir beruhigt werden.» Zweimal wurde sie notfallmässig ins Spital eingeliefert. «Dann muss ich die Arbeit liegenlassen und sofort ins Krankenhaus eilen.» Einen Heimaufenthalt will er seiner Mutter «nicht zumuten», weil er überzeugt ist, dass sie dort «nur dahinvegetieren würde».

Die Pflege seiner Mutter erfordert privat und beruflich einen enormen Koordinationsaufwand. «Ich schlafe wenig und komme oft nur noch ein- oder zweimal pro Tag zum Essen.» Mit der Zeit setzte eine soziale Isolation ein. «Man ist auf sich gestellt. Krank zu sein oder einen Unfall zu haben, wird zum Luxus.» Zudem muss Hehli Abstriche im Privatleben machen. «Ich kann Hobbys wie dem Bergwandern nicht mehr nachgehen, und Ferien liegen nicht mehr drin, weil ich immer in der Nähe sein muss.» In dieser Situation sei es sehr schwierig, eine Beziehung aufzubauen. Dazu komme die psychische Belastung. Hehli vergleicht die Pflege demenzkranker Eltern mit der Kinderbetreuung. Mit dem grossen Unterschied, dass man keine Perspektive habe: «Senilität ist Sterben und damit Abschiednehmen auf Raten.»

Angst vor der Entlassung

Kürzlich hat sein Chef ihm nahegelegt, entweder seine Mutter ins Heim zu schicken oder der Spitex deutlich mehr Betreuungsaufgaben zu übertragen. Man fürchte, dass ansonsten seine Arbeitsleistung darunter leiden würde. Hehli geht deshalb davon aus, dass er früher oder später entlassen werde. «Wenn ich meinen Job verliere, werde ich alle Ausgaben in meinem Leben herunterfahren.» Aussichten auf eine andere Anstellung habe er keine. «Schon mit 45 Jahren sind die Chancen in der Finanzbranche gleich null, etwas anderes zu finden.»

Eine 2010 veröffentlichte Studie des Spitex-Verbandes Schweiz ergab, dass Angehörige mehrheitlich aus Liebe und Zuneigung, gefolgt von Gefühlen persönlicher moralischer Verpflichtung ihre Eltern zu Hause pflegen wollen.

*Namen von der Redaktion geändert

Entlastungsangebote

Die Politik tut sich schwer

Der Bund lässt die Situation von pflegenden Angehörigen erforschen. Massnahmen fallen ihm aber nicht leicht.

Um pflegende Angehörige zu entlasten, sind in den letzten Jahren verschiedene parlamentarische Vorstösse eingereicht worden. So hat CVP-Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz 2011 in zwei Vorstössen eine bezahlte Auszeit und eine generelle Betreuungszulage für die Betroffenen gefordert. Die zwei parlamentarischen Initiativen wurden von den zuständigen Kommissionen beider Räte sowie vom Nationalrat angenommen. Damit stünde der Erarbeitung einer Gesetzesgrundlage nichts im Weg. Doch es kam nicht dazu.

Meier-Schatz ist mittlerweile zurückgetreten, und nach mehreren Fristverlängerungen wird sich der Nationalrat spätestens nächstes Jahr mit den Vorstössen befassen. Barbara Schmid-Federer, CVP-Nationalrätin und Mitglied der Gesundheitskommission, sagt: «Die Initiativen werden wie heisse Kartoffeln zwischen den Kommissionen hin- und hergeschoben.» Viele Ratsmitglieder seien sich nicht bewusst, dass mit einer besseren Begleitung und Anerkennung von Angehörigen Pflegekosten gesenkt und Heimeinweisungen beträchtlich verzögert werden könnten.

Iren Bischofberger, Professorin an der Kalaidos Fachhochschule Zürich, sagt, dass bisher zwar keine gesetzlichen Massnahmen beschlossen worden seien, «trotzdem ist in den letzten zehn Jahren

viel passiert». Auf gewerkschaftlicher Seite sei von Travailsuisse eine Informationsplattform für pflegende Angehörige geschaffen worden. Gleichzeitig seien Firmen für die Thematik sensibilisiert worden. «Vor allem Betriebe mit Fachkräftemangel sprechen über das Thema», sagt Bischofberger. Ihnen sei es wichtig, gute Angestellte zu halten, weshalb sie Verständnis für deren Situation zeigten.

Im Rahmen der Fachkräfteinitiative hat der Bundesrat 2016 das Programm «Entlastungsangebote für pflegende Angehörige» lanciert. Es will die Situation und die Bedürfnisse von pflegenden Angehörigen erforschen. Dies soll der Entwicklung von Entlastungsangeboten dienen. Ziel ist, dass pflegende Angehörige ihre Erwerbstätigkeit beibehalten können. Ergebnisse liegen 2018 vor. (mso)